



Index für die digitale Wirtschaft und Gesellschaft (DESI) 2021

Österreich

Der DESI

Seit 2014 überwacht die Europäische Kommission den Stand der Digitalisierung in den Mitgliedstaaten und dokumentiert die erzielten Fortschritte in den jährlich veröffentlichten Berichten zum Index für die digitale Wirtschaft und Gesellschaft (DESI). Die DESI-Berichte umfassen jedes Jahr sowohl Länderprofile, die die Mitgliedstaaten darin unterstützen, prioritäre Handlungsfelder zu ermitteln, als auch themenbezogene Kapitel mit EU-weiten Analysen zu den wichtigsten Bereichen der Digitalpolitik.

Im Jahr 2021 passte die Kommission den DESI an die beiden zentralen politischen Initiativen an, die sich in den kommenden Jahren auf den digitalen Wandel in der EU auswirken werden: die Aufbau- und Resilienzfazilität und den Kompass für die digitale Dekade.

Um den Index mit den vier Kernpunkten sowie den Zielen des digitalen Kompasses in Einklang zu bringen, die Methodik zu verbessern und den jüngsten technologischen und politischen Entwicklungen Rechnung zu tragen, nahm die Kommission mehrere Veränderungen am DESI 2021 vor. Die Indikatoren wurden entsprechend den vier Hauptbereichen des digitalen Kompasses strukturiert, die die fünf Dimensionen der bisherigen DESI-Struktur ersetzen. Elf der Indikatoren im DESI 2021 dienen der Messung von im digitalen Kompass festgelegten Zielvorgaben. In Zukunft wird der DESI noch stärker am digitalen Kompass ausgerichtet, um sicherzustellen, dass alle Zielvorgaben in den Berichten berücksichtigt werden.

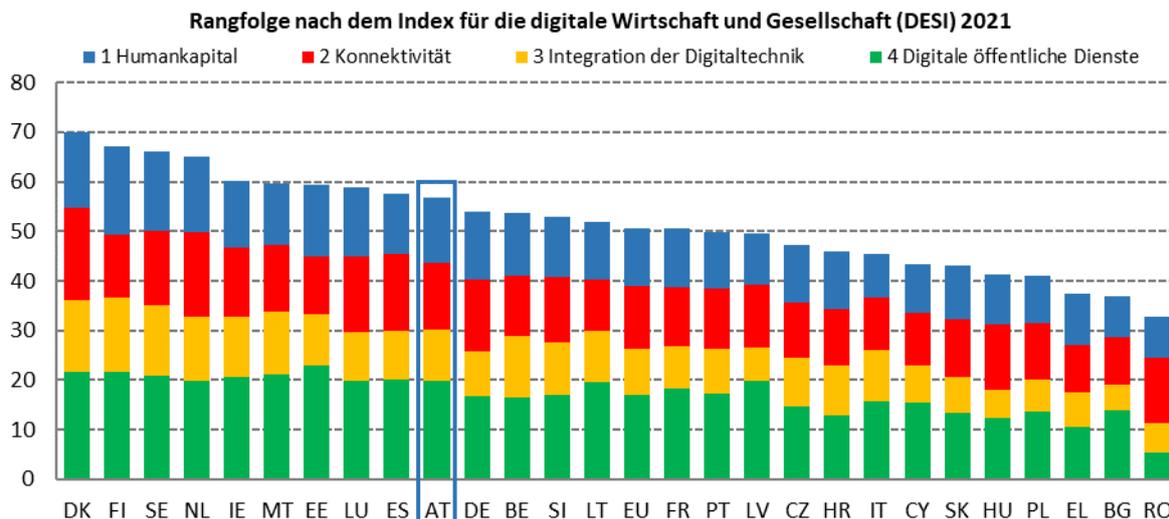
Daneben enthält der DESI nun einen Indikator, der aufzeigt, in welchem Maße neu eingeführte Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) die Unternehmen bei der Umsetzung von Umweltschutzmaßnahmen unterstützt haben (IKT für ökologische Nachhaltigkeit), sowie Angaben zur Nutzung Gigabit-fähiger Dienste und zum prozentualen Anteil der Unternehmen, die IKT-Weiterbildungsmaßnahmen anbieten bzw. die elektronische Rechnungsstellung (E-Invoicing) verwenden.

Die DESI-Werte der Vorjahre wurden unter Berücksichtigung der Änderungen in der Indikatorenauswahl und vorgenommenen Berichtigungen der zugrunde liegenden Daten für alle Länder neu berechnet.

Weitere Informationen finden Sie auf der DESI-Website unter: <https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/policies/desi>.

Überblick

DESI 2021	Österreich		EU
	Rang	Wert	Wert
	10	56,9	50,7



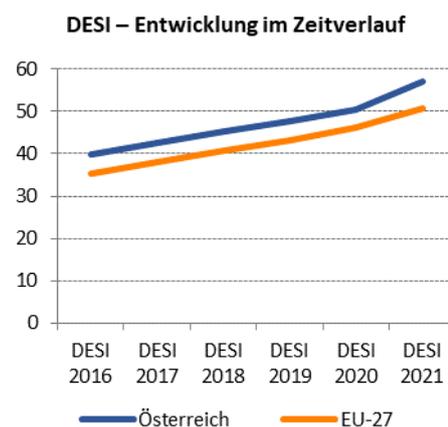
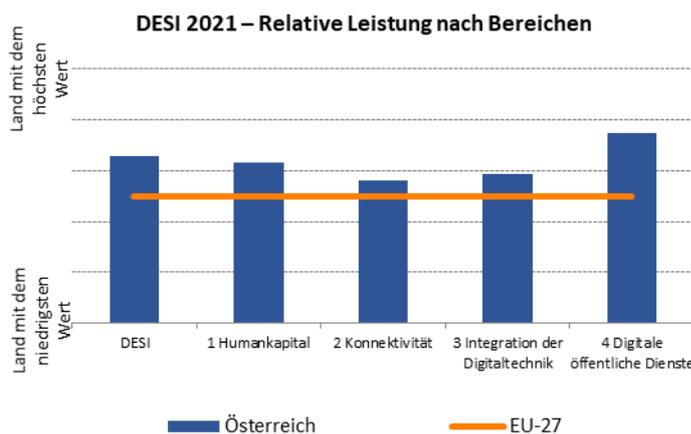
Österreich steht im Index für die digitale Wirtschaft und Gesellschaft (DESI) 2021 unter den 27 EU-Mitgliedstaaten an zehnter Stelle.

Im Bereich Humankapital liegt Österreich bei allen Indikatoren über dem EU-Durchschnitt; ausgenommen hiervon ist der Indikator „Unternehmen, die eine IKT-Weiterbildung anbieten“, bei dem Österreich mit 18 % leicht unter dem EU-Durchschnitt von 20 % rangiert. Bei der Konnektivität erzielt Österreich gute Ergebnisse im Bereich Mobilfunkabdeckung: die 5G-Abdeckung liegt bei 50 % der besiedelten Gebiete. Deutlich unterhalb des EU-Durchschnitts liegt das Land bei Festnetzen mit sehr hoher Kapazität (VHCN). Im Jahr 2020 lag die Abdeckung bei 39 %, verglichen mit dem EU-Durchschnitt von 59 %, obwohl dies eine erhebliche Verbesserung gegenüber 2019 (14 %) darstellt. Hinsichtlich der Integration der Digitaltechnik erreichen 63 % der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) in Österreich eine mindestens grundlegende digitale Intensität und liegt damit etwas oberhalb des EU-Durchschnitts (60 %). Doch nur 9 % der Unternehmen nutzen Massendaten (Big Data), deutlich weniger als der EU-Durchschnitt von 14 %. Dasselbe gilt im Bereich Cloud-Computing-Dienste: Nur 20 % aller Unternehmen in Österreich nutzen derartige Angebote, verglichen mit dem EU-Durchschnitt von 26 %. Bei der Digitalisierung öffentlicher Dienste zählt Österreich zu den Spitzenreitern. Beispielsweise verzeichnet das Land eine hohe Zahl von Internetnutzern, die E-Government-Dienste verwenden (81 % gegenüber dem EU-Durchschnitt von 64 %). Auch bei der Bereitschaft zur Datenoffenheit (Open Data) liegt Österreich mit einem Wert von 90 % über dem EU-Durchschnitt von 78 %.

Im „Digitalen Aktionsplan Austria“¹ wird ein strategischer Rahmen für die Digitalisierung des Landes vorgestellt, dessen langfristiges Ziel es ist, eine „digitale Verantwortungsgesellschaft“ zu entwickeln. Das Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort (BMDW) koordiniert den Aktionsplan und entwickelt kapitelweise Projekte mit den zuständigen Fachressorts und Ministerien, um Fortschritte bei der Digitalisierung im jeweiligen Aktionsfeld zu erzielen. Im Jahr 2020/2021

¹ <https://www.digitalaustria.gv.at/aktionsplan.html>

wurden die Kapitel im Aktionsplan – „Daten“, „Krisenfestigkeit“, „Digitale Wirtschaftstransformation“, „Digital nachhaltig Wirtschaften“, „Digitale Hochschulen“, „Digitale Talente für die österreichische Wirtschaft“, „Digitalisierung und Sicherheit“, „Digitalisierung und Tourismus“ sowie „Digitale Kompetenzen im öffentlichen Dienst“ – erstellt und auf den Weg zur Umsetzung gebracht. Im Bereich Konnektivität könnte das österreichische Vorhaben, Mittel aus der Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF) zu nutzen, eine wichtige Rolle bei der Erreichung der digitalen Ziele spielen, die in der Breitbandstrategie 2030 des Landes festgelegt sind. Der öffentliche Sektor in Österreich ist digital weit fortgeschritten, doch die COVID-19-Krise hat den Bedarf an zuverlässigen und interoperablen öffentlichen IT-Diensten verdeutlicht. Ein strategischer Schwerpunkt wurde auf den schnellen und sicheren Austausch von Daten und die schnelle Wiederverwendung bereits bestehender Dienste gelegt (Grundsatz der einmaligen Erfassung, nationale Once-Only-Strategie). Im Januar 2020 trat eine wichtige Änderung des E-Government-Gesetzes² in Kraft, die das Recht der österreichischen Bevölkerung auf digitale Regierung und elektronische Kommunikation mit der öffentlichen Verwaltung festschreibt. Im Bereich Humankapital ist die Zahl der IKT-Fachkräfte und -Absolventen gestiegen, doch angesichts der hohen Nachfrage am Arbeitsmarkt dauert der Mangel an IKT-Fachkräften an und könnte die Digitalisierung von Unternehmen (insbesondere KMU) bremsen.



Digitalisierung im österreichischen Aufbau- und Resilienzplan (ARP)

Der österreichische ARP hat einen Gesamtwert von 4,5 Mrd. EUR. Die von der EU im Rahmen des ARP bereitgestellte nicht rückzahlbare finanzielle Unterstützung beläuft sich auf 3,5 Mrd. EUR. Davon sind 1,8 Mrd. EUR für die Digitalisierung vorgesehen. Der Anteil für die Digitalisierung beläuft sich damit auf 52,8 % und liegt deutlich oberhalb des Mindestziels für Digitalisierung von 20 %.

Der ARP wird in mehreren Bereichen zum digitalen Wandel in Österreich beitragen.

- Digitale Kompetenzen werden von Investitionen im Rahmen der Komponenten „Digitaler Aufbau“ und „Wissensbasierter Aufbau“ gefördert. Die Schwerpunkte liegen dabei auf der Digitalisierung des Bildungswesens sowie auf Umschulung und Weiterbildung.
- Die Konnektivität wird durch den flächendeckenden Aufbau umfassender Gigabit-fähiger Zugangsnetze unterstützt.
- Die Integration der Digitaltechnik (inklusive Forschung und Entwicklung im digitalen

² <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=20003230>

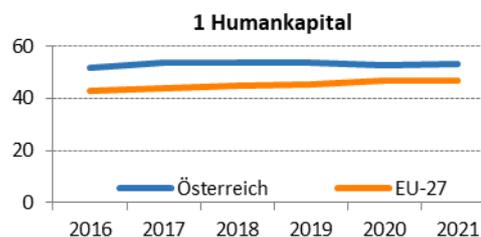
Bereich, Digitalisierung von Unternehmen, digitale Kapazitäten und Verbreitung fortgeschrittener Technologien) wird von einer breiten Palette an Maßnahmen unterstützt, darunter Digitalisierung von KMU und Förderung von Quantenwissenschaften.

- Die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung wird vom Digitalisierungsfonds gefördert, dessen Ziel es ist, die Digitalisierung der Bundesverwaltung durch die Finanzierung von Projekten mit ressortübergreifender Wirkung zu beschleunigen.

Der Plan umfasst auch ein wichtiges Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse (IPCEI) im Bereich der Mikroelektronik.

1 Humankapital

1 Humankapital	Österreich		EU
	Rang	Wert	Wert
DESI 2021	9	53,3	47,1



	Österreich			EU
	DESI 2019	DESI 2020	DESI 2021	DESI 2021
1a1 Mindestens grundlegende digitale Kompetenzen % der Einwohner	67 % 2017	66 % 2019	66 % 2019	56 % 2019
1a2 Mehr als grundlegende digitale Kompetenzen % der Einwohner	36 % 2017	39 % 2019	39 % 2019	31 % 2019
1a3 Mindestens grundlegende Softwarekompetenzen % der Einwohner	71 % 2017	69 % 2019	69 % 2019	58 % 2019
1b1 IKT-Fachkräfte % der Beschäftigten (15–74 Jahre)	4,5 % 2018	4,3 % 2019	4,5 % 2020	4,3 % 2020
1b2 Weibliche IKT-Fachkräfte % der IKT-Fachkräfte	18 % 2018	20 % 2019	20 % 2020	19 % 2020
1b3 Unternehmen, die IKT-Weiterbildung anbieten % aller Unternehmen	27 % 2018	18 % 2019	18 % 2020	20 % 2020
1b4 IKT-Absolventen % aller Absolventen	3,9 % 2017	4,4 % 2018	4,5 % 2019	3,9 % 2019

Im Bereich Humankapital nimmt Österreich den neunten Platz unter den EU-Ländern ein und liegt bei allen Indikatoren über dem EU-Durchschnitt, abgesehen vom Anteil der Unternehmen, die IKT-Weiterbildung anbieten (18 %). Dieser Wert liegt etwas unter dem EU-Durchschnitt von 20 %. Beim Anteil der Bevölkerung mit mindestens grundlegenden digitalen Kompetenzen rangiert Österreich deutlich über dem EU-Durchschnitt (66 % gegenüber dem EU-Durchschnitt von 56 %), und 69 % der Einwohner haben mindestens grundlegende Softwarekompetenzen, während der EU-Durchschnitt bei 58 % liegt. Der Anteil der IKT-Fachkräfte stieg im Jahr 2020 leicht an (4,5 %) und liegt weiter über dem EU-Durchschnitt (4,3 %). Der Anteil der weiblichen IKT-Fachkräfte blieb mit 20 % stabil (EU-Durchschnitt: 19 %). Der Anteil der IKT-Absolventen liegt mit 4,5 % ebenfalls über dem EU-Durchschnitt (3,9 %). Dennoch berichteten 74,3 % der Unternehmen in Österreich, die im Jahr 2020 Personal einstellten oder einzustellen versuchten, dass freie Stellen, die IKT-Fachkenntnisse erforderten, schwer zu besetzen waren.

Seit 2020 hat Österreich zahlreiche Maßnahmen ergriffen, um die digitalen Kompetenzen in der Bevölkerung zu steigern. Das Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort (BMDW) ist für die Bereitstellung digitaler Schulungsmaßnahmen für Bürgerinnen und Bürger verantwortlich, die nicht an formalen Bildungsprozessen beteiligt sind. So sollen alle Menschen mit den notwendigen digitalen Kompetenzen ausgestattet werden, die sie für ihre persönliche und berufliche Weiterentwicklung benötigen. In enger Zusammenarbeit mit dem BMDW lancierte der Verein fit4internet³ (f4i), der auch die österreichische Allianz für digitale Skills und Berufe unterstützt, Initiativen zur Förderung digitaler Kompetenzen für alle und fortgeschrittener digitaler Kompetenzen

³ <https://www.fit4internet.at/>

für IKT-Fachkräfte. Diese Maßnahmen entsprachen den Prioritäten der digitalen Strategie 2020–2025 der Regierung, beispielsweise „fit4futureJobs“, eine Initiative für Beschäftigte und Berufsrückkehrer, die sich an die Jahrgänge der zwischen 1960 und 2005 Geborenen wendet, oder „fit4internet“ für Menschen über 60. Die f4i-Plattform bietet auch ein Selbstbeurteilungstool, das auf dem digitalen Kompetenzmodell für Österreich, DigComp 2.2 AT, basiert. Die Allianz für digitale Skills und Berufe setzte außerdem ihre umfassenden Aktivitäten zur Bewusstseinserschaffung fort, um die digitalen Kompetenzen aller Bevölkerungsgruppen im Land zu steigern.

Das BMDW lancierte auch Initiativen, die sich vor allem auf die Weiterbildung von Arbeitskräften in KMU konzentrieren. Im Jahr 2020 erfolgte im Rahmen des Programms „Digital Pro Bootcamps“ eine Ausschreibung über die Durchführung von Bootcamps. Im Mittelpunkt standen dabei die Themenbereiche elektronischer Handel, Cybersicherheit und intelligente Fabriken. Ziel der Maßnahme ist es, hochmotivierte Beschäftigte aus den teilnehmenden Unternehmen innerhalb von vier Wochen zu „Digital Professionals“ auszubilden. Anschließend sollte es möglich sein, diesen zukünftigen IT-Fachkräften IT-Projekte im Unternehmen gänzlich anzuvertrauen und die Digitalisierungsziele der jeweiligen Firma weiter voranzutreiben. Im März 2021 leitete das Bundesministerium außerdem eine „Qualifizierungsoffensive“ ein. Mit dem Programm sollen die digitalen Kompetenzen von Unternehmen und ihren Beschäftigten weiterentwickelt werden, damit sie dem digitalen Wandel der Wirtschaft gewachsen sind.

Außerdem startete das Bundesministerium für Arbeit während der Pandemie die „Corona-Joboffensive“. Die Initiative richtet sich an schutzbedürftige Personen (z. B. Arbeitslose mit oder ohne Qualifikationen, Frauen, die auf den Arbeitsmarkt zurückkehren, Menschen mit Behinderung) und will ihnen die Gelegenheit zur beruflichen Neuorientierung oder Weiterbildung in zukunftsträchtigen Qualifizierungsfeldern wie der Digitalisierung sowie in den MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik) bieten.

Im Bildungswesen entwickelte Österreich 2020/21 eine neue verbesserte bildungspolitische Digitalisierungsstrategie, die Initiative „Digitale Schule/8-Punkte-Plan“⁴. Mit der Maßnahme wird die systematische und nachhaltige Umsetzung der Digitalisierung im Bildungswesen angestrebt. Sie umfasst acht Hauptaktionsfelder, darunter Weiterbildung von Lehrkräften, Zugriff auf eine Sammlung digitaler Lehr- und Lernmaterialien auf einer einzigen Plattform, ein Gütesiegel für Lern-Apps im Bereich mobiles Lernen und die Bereitstellung von digitalen Endgeräten für Schülerinnen und Schüler der neunten Schulstufe.

Organisationen aus Österreich nahmen aktiv an der *EU Code Week 2020* teil. Mit mehr als 3280 Aktivitäten und über 64 700 Teilnehmenden, davon 53,8 % Frauen und Mädchen, war das Land eines der aktivsten in der EU.

Im März 2021 veröffentlichte das Ministerium für Frauen, Familie, Jugend und Integration einen Förderaufruf mit einem Budget in Höhe von 1,3 Mio. EUR. Ziel der Initiative ist es, das Interesse von Frauen und Mädchen an MINT-Fachgebieten zu stärken und sie mit technischer Ausbildung ebenso wie in ihrer Karriere zu unterstützen, um ihre Beteiligung an MINT-Fächern und -Berufen weiter auszubauen.

Österreich setzt erfolgreich politische Maßnahmen und Initiativen ein, um die digitalen Kompetenzen der Bevölkerung zu fördern. Angesichts des raschen digitalen Wandels sind Bemühungen um die Weiterbildung und Umschulung von Arbeitskräften sowie die Ausbildung junger Menschen und Frauen im Bereich der Digitaltechnik besonders begrüßenswert, um der hohen Nachfrage nach digitalen Talenten und IKT-Fachkräften gerecht zu werden.

⁴ www.digitaleschule.gv.at

Im Fokus 2021: Digital Pioneers⁵

Diese Initiative bietet Frauen zwischen 17 und 27 Jahren die Chance, die Berufe der Zukunft kennenzulernen sowie wertvolle Kompetenzen und Erfahrung zu erwerben, die in vielen Berufen benötigt werden. Mit der Initiative sollen junge Frauen einen Einblick in die derzeit am Arbeitsmarkt gefragten Berufe erhalten und angeregt werden, sich die notwendigen Kompetenzen aneignen. Nach der Ausbildung erhalten die Teilnehmerinnen ein nationales Diplom. Die Ausbildungsschwerpunkte von Digital Pioneers sind Programmierung und digitale Kompetenzen, Innovationskompetenzen und unternehmerische Kompetenzen. Die Initiative wird von der „Plattform Industrie 4.0“ koordiniert.

Humankapital im österreichischen Aufbau- und Resilienzplan

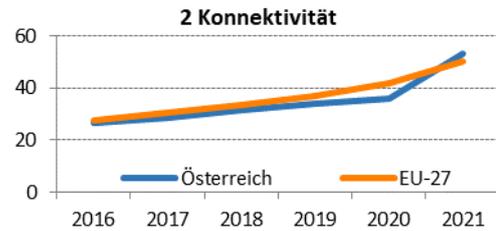
Im Rahmen des Plans sind Reformen und Investitionen in Höhe von rund 373 Mio. EUR für die Entwicklung digitaler Kompetenzen vorgesehen. Im Mittelpunkt der Maßnahmen stehen Herausforderungen im Zusammenhang mit Bildung und Ausbildung:

- IT-Ausstattung für Schülerinnen und Schüler: Mit der Maßnahme wird die Bereitstellung digitaler Endgeräte für mindestens 80 000 Schülerinnen und Schüler pro Jahr mit Mitteln in Höhe von 172 Mio. EUR finanziert.
- Umschulung und Weiterbildung: Mit der Maßnahme sollen die Kompetenzen von arbeitslosen Personen verbessert und spezifische IKT-Ausbildungsmaßnahmen angeboten werden (z. B. Programmierung, Softwareentwicklung und Netzwerktechnik). Die Mittel für den digitalen Maßnahmenanteil belaufen sich auf 202 Millionen EUR.

⁵ <https://digitalpioneers.at/>

2 Konnektivität

2 Konnektivität	Österreich		EU
	Rang	Wert	Wert
DESI 2021	11	53,0	50,2



	Österreich			EU
	DESI 2019	DESI 2020	DESI 2021	DESI 2021
2a1 Festnetzbreitbandnutzung gesamt % aller Haushalte	69 % 2018	72 % 2019	73 % 2020	77 % 2020
2a2 Festnetzbreitbandnutzung, mindestens 100 Mbit/s % aller Haushalte	7 % 2018	8 % 2019	12 % 2020	34 % 2020
2a3 Festnetzbreitbandnutzung, mindestens 1 Gbit/s % aller Haushalte	–	<0,01 % 2019	<0,01 % 2020	1,3 % 2020
2b1 Festnetzbreitbandabdeckung (NGA) % aller Haushalte	73 % 2018	79 % 2019	87 % 2020	87 % 2020
2b2 VHCN-Abdeckung (Festnetz mit sehr hoher Kapazität) % aller Haushalte	13 % 2018	14 % 2019	39 % 2020	59 % 2020
2c1 4G-Netzabdeckung % der besiedelten Gebiete	99,5 % 2018	99,6 % 2019	>99,9 % 2020	99,7 % 2020
2c2 5G-Bereitschaft Zugewiesene Funkfrequenzen in % der gesamten harmonisierten 5G-Frequenzen	33 % 2019	33 % 2020	66 % 2021	51 % 2021
2c3 5G-Netzabdeckung % der besiedelten Gebiete	–	–	50 % 2020	14 % 2020
2c4 Mobilfunkbreitbandnutzung % der Einwohner	72 % 2018	80 % 2019	80 % 2019	71 % 2019
2d1 Breitbandpreisindex Wert (0–100)	–	75 2019	78 2020	69 2020

Bei der Konnektivität rangiert Österreich auf Platz 11 der 27 Mitgliedstaaten. Hinsichtlich der Gigabit-Ziele der EU hat das Land gute Fortschritte gemacht. Besonders gut sind die Ergebnisse im Bereich Mobilfunkabdeckung: Österreich ist beinahe flächendeckend an das 4G-Netz angebunden, und das 5G-Netz erreicht 50 % der besiedelten Gebiete. Mobilfunkbreitband wird von 80 % der Bevölkerung benutzt. Trotz guter Verfügbarkeit von Festnetzbreitband liegt die Nutzung mit insgesamt 73 % unter dem EU-Durchschnitt. Mobilfunkbreitband wird stärker genutzt als Festnetzbreitband insgesamt, ein Hinweis darauf, dass manche Haushalte ihren Mobilfunkanschluss als Ergänzung oder anstelle ihres Festnetzanschlusses verwenden. Mit 87 % entspricht die NGA-Abdeckung in Österreich dem EU-Durchschnitt; gegenüber 2019 ist dies ein Anstieg um 8 Prozentpunkte. Die NGA-Abdeckung in ländlichen Gebieten liegt dagegen weiterhin deutlich unter dem EU-Durchschnitt; hier werden nur 38 % der Haushalte erreicht. Österreichs Schwachstelle ist die geringe Abdeckung mit und Nutzung von Festnetzen mit sehr hoher Kapazität (VHCN). Obwohl sich die VHCN-Abdeckung deutlich verbessert hat (sowohl bei „fiber to the premises“ (FTTP) mit 20 % als auch bei Aufrüstungen von Kabelnetzen auf DOCSIS 3.1 mit 27 %) und von 14 % im Jahr 2019 auf 39 % im Jahr 2020 gestiegen ist, liegt sie noch immer unter dem EU-Durchschnitt (59 %). Die VHCN-Abdeckung in ländlichen Gebieten ist nach wie vor gering: Hier werden nur 12 % der Haushalte erreicht, verglichen mit EU-weit 28 %. In

ländlichen Gebieten beläuft sich die FTTP-Abdeckung auf 11 %. Nur 12 %⁶ der Haushalte nutzen Serviceangebote mit Geschwindigkeiten von mindestens 100 Mbit/s; damit liegt Österreich weit unter dem EU-Durchschnitt. Obwohl 37 % der Haushalte an Netzgeschwindigkeiten von 1 Gbit/s angebunden sind, wird dieses Angebot kaum genutzt. Mit einem Preisindex von 78 liegen die Breitbandpreise insgesamt leicht unter dem EU-Durchschnitt.

Mit Unterstützung der staatlichen Förderprogramme im Rahmen der österreichischen Breitbandstrategie 2020 (BBA2020), deren Mittel aus den Erlösen aus Auktionen von 4G-Frequenzen stammen, haben viele regionale Privatanbieter und Gemeinden in „fiber to the home“ (FTTH)-Lösungen investiert. Langfristig wird die im August 2019 verabschiedete österreichische Breitbandstrategie 2030 an den EU-Gigabit-Zielen 2025 ausgerichtet. Die Strategie soll sicherstellen, dass bis Ende 2030 landesweit Gigabit-fähige Breitbanddienste (im Fest- und im Mobilfunknetz) zugänglich sind. Ein weiterer Ausbau von VHCN, gekoppelt mit 5G-Abdeckung, kann zur Verwirklichung dieser Ziele beitragen. Im April 2021 gab die Regierung eine Investition in Höhe von 1,4 Mrd. EUR in die Einrichtung von Glasfasernetzen in unterversorgten Gebieten bekannt. Im Rahmen des nationalen Breitbandplans hat das Programm „BBA2020_Connect“ die Glasfaseranbindung von Bereichen mit besonderer sozioökonomischer Bedeutung ermöglicht, darunter über 300 Schulen und nahezu 100 KMU.

Im Bereich 5G ist Österreich ein Spitzenreiter. Beim Indikator „5G-Bereitschaft“ erzielt das Land ein Ergebnis von 66 %. Die Multibandauktion der Frequenzbänder 700 MHz, 1500 MHz und 2100 MHz wurde im September 2020 abgeschlossen und erzielte einen Erlös von 202 Mio. EUR (das Frequenzband 3,6 GHz wurde bereits 2019 vergeben). Jeder der existierenden Mobilfunknetzbetreiber erwarb Funkfrequenzen. Der etablierte Betreiber A1 bot nicht um Frequenzen im 700-MHz-Band mit, besaß aber bereits in allen Regionen Frequenzen im 3,6-GHz-Band sowie im 800-MHz-Band. T-Mobile (Magenta) und Hutchison (Drei) erwarben 20 MHz bzw. 10 MHz im 700-MHz-Band. A1 und Hutchison erwarben je 30 MHz und T-Mobile 20 MHz im 1500-MHz-Band. Im 2100-MHz-Band erwarben A1 25 MHz, Hutchison 20 MHz und T-Mobile 15 MHz. Im Rahmen des neuartigen Auktionskonzepts wurden Rabatte für die Übernahme erweiterter Abdeckungsverpflichtungen in unterversorgten Gebieten angeboten. Unter diese Verpflichtungen fallen mehr als 80 % (1702 Gebiete) der unterversorgten Gebiete (Katastralgemeinden⁷), deren Abdeckung wirtschaftlich schwierig ist. Diese Gebiete sollen bis 2027 mit Download-Geschwindigkeiten von 30 Mbit/s und Upload-Geschwindigkeiten von 3 Mbit/s versorgt sein. Zudem umfasste die Auktion eine generelle Verpflichtung hinsichtlich der 5G-Abdeckung für Hauptstraßen und Eisenbahnverbindungen bis Ende 2023. Dies ist im Einklang mit der österreichischen Breitbandstrategie 2030.

Die Zuteilung des 26-GHz-Bandes wurde wegen der fehlenden klaren Marktnachfrage über 2020 hinaus verschoben. Die Pläne für das 26-GHz-Band sind im bevorstehenden „Spectrum Release Plan“ (2021–2026) enthalten.

Wesentliche markt- und regulierungsbezogene Entwicklungen

Der etablierte Anbieter A1 besitzt nach wie vor einen hohen Marktanteil im Bereich Festnetzbreitband einschließlich Mobilfunkbreitband für Privathaushalte; dieser Anteil nimmt jedoch ab. Die größten Wettbewerber sind Magenta und Drei. Auf dem Mobilfunkmarkt hält A1 mit seinen Submarken Bob und Yesss weiterhin den höchsten Marktanteil. Virtuelle

⁶ Die Daten für Punkt 2a2 „Festnetzbreitbandnutzung, mindestens 100 Mbit/s“ wurden von den österreichischen Behörden seit der Veröffentlichung des DESI 2020 revidiert.

⁷ Eine österreichische Gemeinde besteht meistens aus mehreren Katastralgemeinden. In vielen Fällen entspricht eine Katastralgemeinde einer Ortschaft (Siedlung).

Mobilfunknetzbetreiber und Wiederverkäufer steigerten ihren kombinierten Marktanteil im Jahr 2020 auf über 12 %.

Landesweit ist ein Anstieg der Zahl von Pauschaltarifen bei Mobilfunk-Breitbandangeboten (Cube-Tarife) für die private und geschäftliche Nutzung zu verzeichnen; diese Angebote machen rund ein Drittel der von Privathaushalten genutzten Breitbandanschlüsse aus. Ein Grund ist die Benutzerfreundlichkeit von Mobilfunkmodems, die nach dem Kauf sofort genutzt werden können, während Festnetzbreitbandanschlüsse vorinstalliert werden müssen. Der Preis ist mit dem von Festnetzanschlüssen vergleichbar. Im Privatkundensegment des Marktes zeichnet sich ein Trend vom Festnetz- hin zum Mobilfunkbreitband ab. Infolge der COVID-19-Pandemie ist das Mobilfunk-Datenvolumen seit dem 4. Quartal 2019 gestiegen. Alle drei Mobilfunknetzbetreiber – A1, Magenta und Drei – bieten kommerzielle 5G-Verträge an.

In Österreich wird sowohl aktiver als auch passiver Zugang zu Glasfasernetzen angeboten. Alle von der öffentlichen Hand finanzierten Netze sind verpflichtet, Zugang auf Vorleistungsebene bereitzustellen. Inzwischen wurde ein neuer Ansatz für den aktiven offenen Zugang zu Glasfasernetzen entwickelt, bei dem ein Drei-Ebenen-Modell Anwendung findet: Netzinhaber, Netzbetreiber und Anbieter von Endkundendiensten. In den vergangenen Jahren wurden keine Marktregulierungsentscheidungen getroffen. Seit März 2020 läuft jedoch eine neue Marktanalyse, die die Bereiche Marktdefinition, Analysen und spezifische Verpflichtungen umfasst.

Am 4. Februar 2021 richtete die Kommission ein Aufforderungsschreiben an Österreich. Grund war die unterbliebene Mitteilung der Maßnahmen des Landes im Zusammenhang mit der Umsetzung des europäischen Kodex für die elektronische Kommunikation. Anschließend teilte Österreich der Kommission mit, dass die vollständige Umsetzung des europäischen Kodex für die elektronische Kommunikation bis November 2021 erwartet wird.

Zur Beschleunigung des VHCN-Ausbau wurde die Taskforce „Plattform Internetinfrastruktur Austria 2030“ (PIA 2030) gegründet. Ziel der Initiative ist es, das Zusammenspiel von Bund, Ländern, Gemeinden, Städten, Bürgerinnen und Bürgern, Behörden und dem privaten Sektor zu koordinieren und die Weiterentwicklung rechtlicher, regulatorischer und technischer Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Breitbandausbau zu unterstützen. Eine der ersten Maßnahmen ist die Aktualisierung der 5G-Strategie der Bundesregierung.

In seinem Umsetzungsplan für das gemeinsame EU-Instrumentarium für die Konnektivität (Connectivity Toolbox)⁸ gab Österreich Pläne für die Straffung des dezentralisierten Genehmigungsverfahrens bekannt, für das derzeit Bund, Länder und Gemeinden verantwortlich sind. Zu den erwogenen Maßnahmen zählen i) die Einführung von Genehmigungsausnahmen, ii) beschleunigte Verfahren sowie iii) Förderung der Anwendung von vorhandenen einfacheren Verfahren für die Vergabe von Genehmigungen bei allen Verantwortlichen sowie einer digitalen Verwaltungsplattform.

Mit der Zunahme von Fernunterricht und Telearbeit während der COVID-19-Pandemie verzeichnete die Rundfunk und Telekom Regulierungs-GmbH (RTR) einen Anstieg der Beschwerden über die Qualität von Internet-Zugangsdiensten. Im Jahr 2020 stieg die Zahl der Beschwerden im Zusammenhang mit Festnetzinternetverbindungen gegenüber dem Vorjahr um 50 %, während Beschwerden über Mobilfunkverbindungen um 20 % zunahmen.

In den letzten Jahren hat die Telekom-Control-Kommission (TKK) über mehrere Fälle im Zusammenhang mit dem Sperren von Websites aufgrund von Verstößen gegen das Urheberrecht

⁸ <https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/policies/connectivity-toolbox>

entschieden. Der Anbieter A1 hat gegen eine Entscheidung bezüglich der Bereitstellung von IPv4-Adressen vor dem Verwaltungsgerichtshof (VwGH) Berufung eingelegt.

Die RTR verzeichnet eine zunehmende Zahl an Betrugsfällen durch Vortäuschen einer Anruferkennung, wobei auf dem Display des Empfängers eine falsche Nummer angezeigt wird.

Bei der 5G-Einführung ist Österreich ein Vorreiter, die Bevölkerung kann schon heute kommerzielle 5G-Angebote nutzen. Trotz äußerst hoher Mobilfunkabdeckung und -nutzung rangiert Österreich im Bereich Festnetz mit sehr hoher Kapazität (VHCN)-Abdeckung und -Nutzung unterhalb des EU-Durchschnitts. Zuverlässige Festnetzverbindungen sind für den digitalen Wandel und eine dauerhafte Erholung unerlässlich; daher sind in dieser Hinsicht gegebenenfalls weitere Anstrengungen notwendig. Politische Maßnahmen und die Nutzung von Mitteln der Aufbau- und Resilienzfazilität können dabei eine wichtige Rolle spielen.

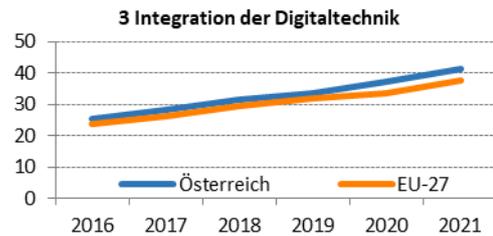
Konnektivität im österreichischen Aufbau- und Resilienzplan

Der größte Teil der im Plan vorgesehenen Ausgaben im Zusammenhang mit der Digitalisierung entfällt auf die Konnektivität. Dabei wird die Notwendigkeit eines Ausbaus der Festnetz mit sehr hoher Kapazität (VHCN)-Abdeckung in ländlichen Gebieten anerkannt. Die Investition wird von einer Reform zur Erleichterung des Breitbandausbaus untermauert, die die Koordination zwischen allen Interessenträgern sicherstellt und bürokratische Hürden abbaut; sie soll die Chancengleichheit zwischen städtischen und ländlichen Gebieten gewährleisten. Die Initiative soll zur Erreichung der digitalen Ziele Österreichs beitragen, die in der Breitbandstrategie 2030 und im „Digitalen Aktionsplan Austria“ festgelegt sind, und existierende Förderprogramme ergänzen:

- Breitbandausbau: Anbindung von 150 000 bis 200 000 Haushalten (mit einer Gesamtabdeckung von 50 % der Haushalte) an Gigabit-fähige Zugangsnetze. Dafür werden Mittel in Höhe von 891 Mio. EUR bereitgestellt.

3 Integration der Digitaltechnik

3 Integration der Digitaltechnik	Österreich		EU
	Rang	Wert	Wert
DESI 2021	11	41,3	37,6



	Österreich			
	DESI 2019	DESI 2020	DESI 2021	EU DESI 2021
3a1 KMU mit mindestens grundlegender digitaler Intensität % aller KMU	–	–	63 % 2020	60 % 2020
3b1 Elektronischer Informationsaustausch % aller Unternehmen	40 % 2017	43 % 2019	43 % 2019	36 % 2019
3b2 Soziale Medien % aller Unternehmen	21 % 2017	30 % 2019	30 % 2019	23 % 2019
3b3 Big Data % aller Unternehmen	6 % 2018	6 % 2018	9 % 2020	14 % 2020
3b4 Cloud % aller Unternehmen	11 % 2018	11 % 2018	20 % 2020	26 % 2020
3b5 Künstliche Intelligenz (KI) % aller Unternehmen	–	–	37 % 2020	25 % 2020
3b6 IKT für ökologische Nachhaltigkeit % der Unternehmen mit mittlerer/hocher Intensität an grünen Maßnahmen durch IKT	–	–	70 % 2021	66 % 2021
3b7 Elektronische Rechnungen % aller Unternehmen	20 % 2018	20 % 2018	22 % 2020	32 % 2020
3c1 KMU mit Online-Vertrieb % aller KMU	13 % 2018	19 % 2019	22 % 2020	17 % 2020
3c2 Umsatz im Internethandel % des KMU-Umsatzes	7 % 2018	9 % 2019	10 % 2020	12 % 2020
3c3 Grenzüberschreitender Online-Vertrieb % aller KMU	14 % 2017	15 % 2019	15 % 2019	8 % 2019

Bei der Integration der Digitaltechnik rangiert Österreich auf Platz 11 der EU-Mitgliedstaaten. In Österreich erreichen 63 % der KMU eine mindestens grundlegende digitale Intensität; dies liegt über dem EU-Durchschnitt von 60 %. Außerdem setzen in Österreich mehr Unternehmen als der EU-Durchschnitt künstliche Intelligenz (KI) ein (37 % verglichen mit dem EU-Durchschnitt von 25 %). Doch nur 9 % der Unternehmen verwenden Big Data (EU-Durchschnitt: 14 %), und auch die Cloud-Nutzung liegt mit 20 % unterhalb des EU-Durchschnitts (26 %). 22 % der Unternehmen verwenden elektronische Rechnungen, damit liegt Österreich nach wie vor unter dem EU-Durchschnitt (32 %). Was den Online-Vertrieb betrifft, vertreiben 22 % aller KMU ihre Waren auch online, deutlich mehr als der EU-Durchschnitt von 17 %, und 15 % tätigen grenzüberschreitenden Online-Vertrieb (EU-Durchschnitt: 8 %). Der Umsatz von KMU aus dem Internethandel liegt dagegen mit 10 % unterhalb des EU-Durchschnitts von 12 %.

Im Jahr 2020 initiierte das BMDW die neue Initiative „KMU.E-Commerce“⁹, um die Digitalisierungsbemühungen in KMU verstärkt auf den Online-Handel zu richten. Bisher wurden im

⁹ <https://www.bmdw.gv.at/Themen/Wirtschaftsstandort-Oesterreich/KMU/KMU.E-Commerce.html>

Rahmen des Programms im Jahr 2021 für die Durchführung spezifischer E-Commerce-Projekte 10 Mio. EUR bereitgestellt.

Die Nutzung und Entwicklung fortgeschrittener digitaler Technologien (z. B. KI, Cloud- und Edge-Computing, Blockchain) werden durch die österreichischen Förderprogramme „IKT der Zukunft“ und „Produktion der Zukunft“ unterstützt, die vom Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie finanziert werden.

Österreich hat zwei Zentren mit Sitz in Wien (VSC) und Linz (MACH-2), die extrem hohe Rechenleistung und Dienste für Forschungsaktivitäten anbieten. Seit 2020 ist Österreich an zwei Ausschreibungen des Gemeinsamen Unternehmens EuroHPC (European High Performance Computing) beteiligt: a) an fortgeschrittenen Pilotprojekten für die Entwicklung europäischer Supercomputer sowie b) am Quantensimulator-Pilotprojekt. Das nationale Kofinanzierungsbudget beläuft sich auf 1,5 Mio. EUR. Österreich verfolgt dabei das Ziel, die Quantenwissenschaften erfolgreich für innovative Produkte und Dienstleistungen einzusetzen.

Im Bereich Cloud- und Edge-Computing wurde das bilaterale Leuchtturmprojekt EuProGigant gemeinsam mit dem deutschen Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) ins Leben gerufen, um die Erforschung von Big-Data-Anwendungen im Produktionsumfeld zu fördern. Im Juni 2020 wurde die Initiative Ö-Cloud¹⁰ lanciert, um die Resilienz und Datensouveränität Österreichs zu steigern. Gemeinsam mit der österreichischen Industrie wird das Land eine aktive Rolle im Projekt GAIA-X¹¹ übernehmen.

Österreich unterstützt auch die Entwicklung datengetriebener und nachhaltiger Technologien und Lösungen. Insbesondere die „Data Intelligence Offensive“¹² fungiert als Stimme der österreichischen Interessenträger auf dem Gebiet der Datenwirtschaft und der datengetriebenen Technologien. Österreich verfolgt das Ziel, die intelligente Nutzung von Daten voranzutreiben und ein wirtschaftliches Ökosystem basierend auf der Datennutzung zu initiieren.

Österreich hat keine separate nationale Strategie für die Cybersicherheit. Der Bereich Cybersicherheit wird jedoch in anderen strategischen Rahmenprogrammen und Forschungsförderprogrammen berücksichtigt. In der Steiermark wurde ein neues Zentrum für IT-Sicherheit gegründet, der „Cybersecurity Campus Graz“¹³. Sein Kernstück ist ein neues gemeinsames Forschungszentrum, ergänzt durch ein Test- und Zertifizierungslabor für die Cybersicherheit. Sobald der Betrieb vollständig angelaufen ist, werden dort 400 Personen arbeiten und forschen.

Das BMDW unterstützt die Einrichtung von digitalen Innovationszentren (Digital Innovation Hubs, DIH). Derzeit besitzt Österreich landesweit sechs DIH, die als zentrale Anlaufstellen dienen und Unternehmen, insbesondere KMU, bei der Digitalisierung unterstützen. Besonderes Augenmerk gilt hierbei fortgeschrittenen Technologien wie KI, der Sicherheit von digitalen Systemen, Blockchain und Big Data.

Die österreichische Plattform Industrie 4.0¹⁴ fördert die Vernetzung von nationalen und regionalen Plattformen, den Austausch bewährter Praktiken hinsichtlich der Struktur von Plattformen sowie die Interaktion mit Interessenträgern. In den letzten Jahren wurde der Schwerpunkt verstärkt auf den Bereich KI gelegt.

Die in den Jahren 2019–2020 entwickelte KI-Strategie der Bundesregierung wird derzeit überarbeitet.

¹⁰ <https://www.digitalaustria.gv.at/initiativen/verwaltung/verwaltungs-projekte/OECloud.html>

¹¹ <https://www.data-infrastructure.eu/>

¹² <https://www.dataintelligence.at>

¹³ <https://cybersecurity-campus.tugraz.at/>

¹⁴ <https://plattformindustrie40.at/>

Integration der Digitaltechnik im österreichischen Aufbau- und Resilienzplan

Im Rahmen des ARP sollen mehrere Maßnahmen in den Bereichen Digitalisierung von Unternehmen, Entwicklung von fortgeschrittenen Technologien und Investitionen in digitalisierungsbezogene Forschung und Entwicklung mit Mitteln in Höhe von 393,2 Mio. EUR unterstützt werden:

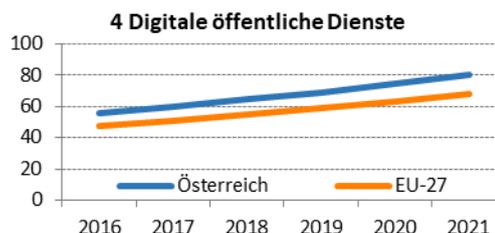
- Digitalisierung von KMU: Im Rahmen dieses Projekts werden Beratungsdienste zu den Themenbereichen Geschäftsmodelle und -prozesse, Online-Vertrieb und -Marketing, IT- und Cybersicherheit sowie digitale Verwaltung bereitgestellt; auch bei der anschließenden Umsetzung wird Unterstützung geleistet (Budget: 32 Mio. EUR).
- Digitale Investitionen in Unternehmen: Diese Initiative wird Investitionsprämien für Unternehmen bieten, die in Anlagevermögen investieren, insbesondere im Zusammenhang mit digitalen Lösungen und digitaler Infrastruktur (Budget: 69 Mio. EUR).
- Digitalisierung des Kulturerbes: Im Rahmen einer umfassenden Digitalisierungsoffensive im Kunst- und Kultursektor wird mit dieser Maßnahme die Digitalisierung von Archiven gefördert, um sie einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen (Budget: 16,5 Mio. EUR).

Im Bereich fortgeschrittene digitale Technologien und digitalisierungsbezogene Forschung und Entwicklung:

- Förderung der Quantenwissenschaften: Mit dieser Maßnahme werden die Forschungsinfrastruktur (Hardware und Software) sowie die Zusammenarbeit in der Forschung finanziert, um die Wissensbasis in den Bereichen Quantencomputing, Simulation und Kommunikation auszubauen (Budget: 107 Mio. EUR).
- Aufbau des Österreichischen Instituts für Präzisionsmedizin: Das Institut wird Technologien erforschen und entwickeln, die eine wesentliche Rolle in der Präzisionsmedizin spielen (z. B. Genomsequenzierung, Biobank, Datenverarbeitung); für den digitalen Maßnahmenanteil stehen 13,7 Mio. EUR zur Verfügung.
- „Mikroelektronik und Konnektivität“: Dieses Projekt zählt zu den wichtigen Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse (IPCEI) und wird als Mehrländerprojekt umgesetzt. Es dient der Unterstützung zukünftiger innovativer Netzwerk- und Mikroelektronik-Technologien (Budget: 125 Mio. EUR).
- Digitale Forschungsinfrastruktur: Mit dieser Maßnahme werden ausgewählte Projekte gefördert, die zur Digitalisierung von Hochschulen beitragen (Budget: 30 Mio. EUR).

4 Digitale öffentliche Dienste

4 Digitale öffentliche Dienste	Österreich		EU
	Rang	Wert	Wert
DESI 2021	9	79,8	68,1



	Österreich			EU
	DESI 2019	DESI 2020	DESI 2021	DESI 2021
4a1 E-Government-Nutzer % der Internetnutzer	75 %	79 %	81 %	64 %
4a2 Vorausgefüllte Formulare Wert (0–100)	–	–	75	63
4a3 Digitale öffentliche Dienste für Bürger Wert (0–100)	–	–	88	75
4a4 Digitale öffentliche Dienste für Unternehmen Wert (0–100)	–	–	85	84
4a5 Offene Daten (Open Data) % der Höchstpunktzahl	–	–	90 %	78 %

Bei den digitalen öffentlichen Diensten steht Österreich an 9. Stelle unter den EU-Mitgliedstaaten und liegt damit über dem EU-Durchschnitt. Österreich rangiert bei allen Indikatoren oberhalb des EU-Durchschnitts. Die Zahl der Nutzer von E-Government-Diensten (81 %) steigt weiter und liegt deutlich über dem EU-Durchschnitt (64 %). Bei den digitalen öffentlichen Diensten für Bürger zählt Österreich mit 88 Punkten zu den Spitzenreitern, verglichen mit dem EU-Durchschnitt von 75. Mit 85 Punkten bei den digitalen öffentlichen Diensten für Unternehmen liegt Österreich nahe am EU-Durchschnitt (84). Hinsichtlich der Bereitschaft zur Datenoffenheit (Open Data) zählt Österreich mit 90 % ebenfalls zu den Spitzenreitern (EU-Durchschnitt: 78 %).

Im Jahr 2020 erließ Österreich drei wichtige Rechtsvorschriften, um die Digitalisierung öffentlicher Dienste voranzutreiben: eine Änderung des E-Government-Gesetzes, das Reformprojekt „Digitales Amt“ sowie das Web-Zugänglichkeits-Gesetz. Mit diesen Maßnahmen wird das Recht von Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen auf elektronische Kommunikation mit den Behörden sichergestellt. Das BMDW bietet hierfür den Zugriff auf ein sicheres und benutzerfreundliches elektronisches Postfach für behördliche Dokumente an. Bürgerinnen und Bürger haben über das E-Government-Portal¹⁵ Zugriff auf Ihren persönlichen Posteingang, Unternehmen über das Unternehmensserviceportal¹⁶. Dies macht die Kommunikation sowie administrative Abläufe wesentlich effizienter. Beide Portale werden fortlaufend ausgebaut. Das Unternehmensserviceportal bietet 70 öffentliche Serviceanwendungen. Ein wesentlicher Schwerpunkt liegt dabei auf der Bereitstellung öffentlicher Dienste nach dem Grundsatz der einmaligen Erfassung (Once-Only-Prinzip)

¹⁵ www.oesterreich.gv.at

¹⁶ www.usp.gv.at

für inländische und grenzüberschreitende Transaktionen, um den Verwaltungsaufwand für Unternehmen zu verringern.

Mit der mobilen Anwendung „Digitales Amt“ fördert die Bundesregierung den benutzerorientierten Zugriff auf E-Government-Dienstleistungen. So sollen die digitale Kluft überbrückt, bessere Chancen für Menschen in abgelegenen Gebieten geschaffen und das Verkehrsaufkommen reduziert werden.

Im Januar 2021 begann die Pilotphase einer eIDAS (Verordnung über elektronische Identifizierung und Vertrauensdienste) -konformen Version der österreichischen Bürgerkarte. Der elektronische Ausweis mit dem Namen „ID Austria“ (ID-A) steht der Öffentlichkeit in einer Pilotphase über bestimmte Registrierungsbehörden zur Verfügung. Es wird erwartet, dass das System Ende 2021 in vollem Umfang zur Verfügung steht.

Nahezu alle österreichischen Großstädte haben eine Smart-City-Strategie (z. B. Bregenz, Graz und Klagenfurt). Im Oktober 2019 veröffentlichte Wien die „Smart City Wien Rahmenstrategie 2019–2050“. Es gibt keinen bundesweiten Smart-City-Plan, da die Befugnis zur Umsetzung dieser Strategien bei den Städten liegt. Allerdings gibt es Begleitmaßnahmen zur Förderung von Innovation und digitalem Wandel in allen Städten.

Um sicherzustellen, dass Patienten während der COVID-19-Pandemie mit Arzneimitteln versorgt wurden, und gleichzeitig das Infektionsrisiko durch den Besuch von Arztpraxen – insbesondere für gefährdete Bevölkerungsgruppen – zu senken, wurde im Bereich elektronische Gesundheitsdienste ein telemedizinischer Dienst eingerichtet, über den Ärzte ohne persönlichen Kontakt Rezepte für Patienten ausstellen konnten. Dabei wurde das Rezept im E-Medikationsportal ELGA gespeichert. Der Service war ursprünglich für einen begrenzten Zeitraum vorgesehen, wurde jedoch bis Juni 2021 verlängert.

Öffentliche Stellen in Österreich setzen bereits in zunehmender Zahl KI-Technologien ein, um Effizienz, Planungs- und Entscheidungsprozesse zu verbessern. In der Justiz wird KI beispielsweise für die Klassifizierung und Benennung eingehender Postsendungen, für die Verarbeitung großer Datenmengen bei Ermittlungsverfahren und für Literaturverweise und Zitate in Dokumenten verwendet.

Die digitalen öffentlichen Dienste in Österreich sind gut entwickelt und nutzen fortgeschrittene Technologien. Um seine Führungsrolle im Bereich der digitalen öffentlichen Dienste beizubehalten, muss Österreich mit dem schnellen Tempo der Digitaltechnik Schritt halten.

Digitale öffentliche Dienste im österreichischen Aufbau- und Resilienzplan

Der ARP enthält eine weit gefasste sowie eine spezifische Maßnahme für die Verbesserung digitaler öffentlicher Dienste:

- Digitalisierungsfonds öffentliche Verwaltung: Der Fonds ist für die IT-Konsolidierung der Bundesregierung, die Weiterentwicklung von öffentlichen Diensten und Unternehmensdiensten und zur Verbesserung der Effizienz von Verfahren vorgesehen (Budget: 160 Mio. EUR).
- Elektronische Mutterkindpass-Plattform: Mit dieser Maßnahme sollen die Gesundheitschancen für schwangere und stillende Frauen und ihre Kinder verbessert und der soziale Zusammenhalt gestärkt werden (Budget: 10 Mio. EUR).